

Die Wasserbarone knacken den Milliarden-Jackpot

Die Politik will die Wasserkraft massiv subventionieren. Fördergelder gibt es für den Bau, Betrieb und sogar schon die Planung von Anlagen. Bezahlen müssen das die Konsumenten.

Von Georg Humbel

Es ist die Zeit der Dammbürche in Bundesbern. Am Donnerstag hat der Ständerat eine beispiellose Solaroffensive beschlossen. Die kleine Kammer will, dass in Zukunft auf allen Neubauten Solarzellen Pflicht sind. Und schon nächste Woche steht ein weiterer wegweisender Entscheid an: Der Ständerat berät den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Hauptprofiteur ist dieses Mal die Wasserkraft. Für sie will die Politik ein milliardenschweres Rundumsorglos-Paket schnüren, bezahlt von den Stromkonsumentinnen und -konsumenten.

Wer in den nächsten Jahren ein Wasserkraftwerk bauen will, kann bereits sehr früh schon bei der Planung - auf staatliche Hilfe zählen. Bis zu 40 Prozent der Projektierungskosten von neuen Kraftwerken soll die Öffentlichkeit berappen. Und dieser Zustupf an die Planung ist erst der Anfang. Auch für den nächsten Schritt gibt's wieder Fördergelder: Den Bau neuer Wasserkraftwerke fördert der Bund mit Investitionsbeiträgen. Bis zu 60 Prozent einer Anlage soll die öffentliche Hand bezahlen. Wohlverstanden: Es handelt sich dabei um À-fonds-perdu-Beiträge und sehr grosse Summen. Die Kraftwerke Oberhasli AG planen beispielsweise beim Triftgletscher eine neue Staumauer. Das Investitionsvolumen beträgt 390 Millionen Franken. Erhält dieses Werk den maximalen Förderbeitrag, muss die öffentliche Hand nur für diese eine Anlage über 230 Millionen Franken ins Berner Oberland überweisen.

In Ausnahmefällen könnte zumindest ein Teil dieser stolzen Beträge irgendwann an den Bund zurückfliessen. Falls ein so gefördertes Werk «übermässige Renditen» erzielt, dürfe der Bundesrat Geld zurückverlangen, ist im Gesetz vage formuliert.

Eine «Lex Wasserkraft»

Der Walliser Ständerat Beat Rieder ist einer der erfahrensten Strippenzieher in Bern. Er gilt als taktisch schlauer Fuchs und als Kopf hinter dem Gesetz. «Wir brauchen schnell mehr erneuerbare Energie», sagt der Mittepolitiker. Und er erzählt von seiner Kindheit im Lötschental. Wegen Lawinenabgängen sei



ILLUSTRATION: PATRIC SANDRI FÜR NZZ AM SONNTAG

Hauptprofiteur des Gesetzes ist die Wasserkraft. Für sie will die Politik ein teures Rundumsorglos-Paket schnüren.

noch in den siebziger Jahren der Strom im Tal teilweise wochenlang ausgefallen. «Die meisten Leute können sich solche Zeiten nicht mehr vorstellen. Aber das war nicht lustig.» Heute sei der rasche Ausbau der Wasserkraft alternativlos. Er wolle vorwärtskommen: «Koste es, was es wolle!»

Entsprechend grosszügig verteilen Rieder und seine Mitstreiter Geld. Wer eine neue Anlage baut, hat neu die Wahl zwischen verschiedenen Subventionsmodellen. Verzichtet ein Stromkonzern auf die Investitionsbeiträge, lockt mit der «gleitenden Marktprämie» gleich das nächste Kässeli. Mit dieser neuen Subvention haben die Ständeräte ein smartes Instrument ausgeheckt: Die Höhe dieser Förderung passt sich laufend dem Marktpreis an. Sind die Strompreise im Keller, erhält der

Kraftwerkbetreiber einen Zustupf. Klettern die Preise in die Höhe und wirft die Anlage hohe Gewinne ab, muss der Betreiber Geld zurückbezahlen.

Doch die Kommission hat ein Hintertürchen eingebaut. In den Monaten Dezember bis März - also genau dann, wenn der Strompreis durch die Decke geht - gilt diese Rückzahlungspflicht nicht. Dann dürften die Stromfirmen bis zu 40 Prozent der hohen Gewinne behalten.

Das Risiko bezahlt der Bund

«Das Risiko wird an den Bund ausgelagert. Die Gewinne werden von den Stromkonzernen kassiert», sagt Kommissionsmitglied Damian Müller. Der Luzerner FDP-Ständerat sagt, im Strommarkt habe das schon fast System. Der Bau der grossen Wasserkraftwerke wie Grimsel oder Grand Dixence Anfang des 20. Jahrhunderts sei eine der grossen Leistungen der Wirtschaftsgeschichte. Doch heute fehlten der Branche der Pioniergeist und der unternehmerische Mut. «Stattdessen bezahlen wir Subventionen und Fördergelder.»

Neben allen bisher beschriebenen Finanzhilfen gibt es ein separates Förderkässeli nur für Kraftwerke, die viel Winterstrom liefern,

wie alpine Stauseen. Über hundert Millionen Franken Fördergelder jährlich sind ausschliesslich für den Zubau von Winterstrom reserviert. Und sind diese Anlagen einmal am Netz, können sie beim Bund nochmals Geld abholen: Wenn sie im Herbst Wasser zurückhalten und eine Winterreserve aufbauen, werden sie auch dafür entschädigt.

Kritik an diesem Reigen von Fördermitteln kommt nicht nur von liberaler Seite. Die grüne Genfer Ständerätin Lisa Mazzone betont, dass die Wasserkraft zwar wichtig sei. «Sie ist das Rückgrat der Stromversorgung.» Doch irgendwann sei ein weiterer Ausbau ohne massive Umwelterstörung nicht mehr möglich. Trotzdem setze die Kommission jetzt voll auf deren Ausbau. Einzelne Elemente im Gesetz seien gut. «Doch in diesem Ausmass ist die Förderung der Wasserkraft übertrieben.» Sie werde besser als andere Technologien behandelt. Besonders ärgert Mazzone, dass gleichzeitig mit der Subventionsflut auch noch die Umweltauflagen massiv gelockert werden. «Auf Kosten der Ökologie werden hohe Gewinne subventioniert.»

Das wird richtig teuer

Finanzieren müssen das alles die Stromkonsumentinnen und -konsumenten. Bereits heute fliessen 2,3 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde Strom in den grossen Förderpotopf für erneuerbare Energien. Der Zweck dieses Fonds hat sich über die Jahre jedoch verändert. Ursprünglich war er für die Förderung von neuen, noch nicht marktfähigen Technologien wie Solar-, Wind- oder Geothermie geschaffen worden. Mittlerweile wird daraus immer mehr Geld für die Wasserkraft abgezackt. Definitiv keine neue Technologie.

Mit den heute erhobenen 2,3 Rappen kommen pro Jahr rund 1,4 Milliarden Franken zusammen. Die vorberatende Kommission hat nun noch einmal millionenteure neue Massnahmen ins Spiel gebracht, die Finanzierung aber nicht erhöht. Der Fonds könnte sich deshalb relativ rasch leeren. «All diese Fördermassnahmen haben ein hohes Preisschild», sagt FDP-Ständerat Müller. Noch sei nicht klar, wie viel das genau kosten werde.

Beat Rieder schreckt das nicht ab. Es brauche jetzt Geld für Investitionen in der Schweiz: «Heute investieren die Stromkonzerne vor allem in Wind- und Solarparks im Ausland.» Das sei eine Absurdität und nütze der Schweizer Versorgungssicherheit nichts. Auf die Kosten angesprochen, sagt der Walliser Ständerat: «Ein Stromausfall wäre für die Schweiz viel teurer als alle Fördergelder zusammen.»

Finanzierung durch Kunden

2,3 Rp.

So viel bezahlen die Stromkunden pro Kilowattstunde in einen Fonds ein.

1,4 Mrd. Fr.

So viel Geld kommt so jährlich zusammen. Es dient der Förderung der erneuerbaren Energie.

60%

So viel soll die Öffentlichkeit maximal an eine neue Staumauer bezahlen. Eine einzige neue Anlage kann Hunderte Millionen Franken kosten.

Energiepolitische Richtungsentscheide

Mehr Stromproduktion, dafür weniger Umweltschutz

Die Schweiz will ihre Stromversorgung radikal umbauen. Weg vom Atomstrom und hin zu mehr erneuerbaren Energien. Das Parlament fällt in dieser Session wichtige Entscheide.

Bereits beschlossen:

- Solarpflicht auf allen Neubauten: Am Donnerstag hat der Ständerat ein energiepolitisches Zeichen gesetzt. Künftig sollen Solarpanels auf allen Neubauten Pflicht werden.
- Neu soll es möglich sein, grosse Flächen in den Alpen mit Solarzellen zu bebauen: Solche Anlagen gibt es bis heute in der Schweiz nicht. Mit einem dringlichen Bundesgesetz hat der Ständerat nun den Weg für Projekte wie Grengiols (VS) oder

Gondo (VS) freigemacht. Es braucht kein Planungsverfahren und keine Umweltverträglichkeitsprüfung mehr. Weil die Anlagen über der Nebelgrenze liegen, sollen sie dringend benötigten Winterstrom liefern. Sie dürften in den nächsten Jahren ans Netz gehen.

- Ersatz von Ölheizungen: Der Ständerat hat ein Impulsprogramm von 3,2 Milliarden Franken beschlossen, um unter anderem fossile Heizungen durch umweltfreundliche Wärmepumpen zu ersetzen.

Nächste Woche im Parlament:

- Mehr Förderung für erneuerbare Energie: Mit dem sogenannten Mantelerlass sollen erneuerbare Energien wie Was-

serkraft, Wind und Solarenergie gefördert werden. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat die Ausbauziele massiv erhöht. Für neue Kraftwerke gibt es hohe Fördergelder (siehe Haupttext oben).

- Keine Liberalisierung: Anders als vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen, soll der Strommarkt für Privathaushalte nicht liberalisiert werden.
- Stromproduktion als nationales Interesse: Die Kommission des Ständerats will das Interesse der Stromproduktion grundsätzlich höher gewichten als zum Beispiel den Umwelt- oder den Landschaftsschutz.
- Streit um besonders geschützte Landschaften: Um den Bau von neuen Kraftwerken

zu ermöglichen, soll es möglich sein, in Biotopen von nationaler Bedeutung wie zum Beispiel der Greina-Ebene Kraftwerke zu bauen. Es handle sich um die wertvollsten Landschaften der Schweiz, kritisiert die Umweltschutzorganisation WWF und warnt vor einem «Kahlschlag beim Umweltschutz».

- Streit um Restwassermengen: Um mehr Strom zu erhalten, sollen die sogenannten Restwassermengen gesenkt werden. Die Betreiber von Wasserkraftwerken dürften also mehr Wasser für die Stromproduktion nutzen. Dieses Wasser fehlt aber im Gewässer. Vor allem die Fischer wehren sich erbittert gegen Lockerungen.

Georg Humbel